

A photograph of Armin Laschet, a German politician, speaking. He is wearing a dark blue suit, a white shirt, and a red tie. He has glasses and is gesturing with both hands. The background is blurred, showing what appears to be an indoor setting with large windows.

**Armin Laschet setzt auf
CDU-Kernthemen**



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



R+V

Ist Egoismus ein Muss?

Entdecken Sie die Versicherung
mit der genossenschaftlichen Idee.

[nicht-allein.de](https://www.nicht-allein.de)

Du bist nicht allein.

#zusammenmachen
#wegenmorgen



LIEBE PARTEIFREUNDE,

am 12. Juni werden wir in Gießen das Spitzenpersonal der CDU Hessen zur Bundestagswahl vorstellen. Gemeinsam wollen wir nach vorne schauen und daran arbeiten, dass am Wahlabend CDU und CSU wieder mit Abstand stärkste Kraft in Deutschland werden. Denn nicht nur durch die Corona-Pandemie steht Deutschland vor riesigen Herausforderungen. Wir befinden uns in der tiefsten Krise der Nachkriegszeit und müssen gemeinsam die Weichen dafür stellen, dass unser Land auch in Zukunft Wohlstand und Sicherheit für die Menschen gewährleisten kann.

Am 26. September werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden, ob es mit der Union eine Politik der bürgerlichen Mitte gibt oder ob Deutschlands Zukunft durch linke Experimente riskiert wird. Deshalb müssen wir uns inhaltlich klar positionieren und mit den Forderungen und Plänen der politischen Gegner auseinandersetzen. Der Hauptmitbewerber bei dieser Wahl werden die Grünen sein. Deren Wahlprogramm für die Bundestagswahl hat unser Bundesgeneralsekretär Paul Ziemiak treffend als „Fliegenpilz“ bezeichnet. Es sei schön anzusehen, aber leider sehr gefährlich. Denn in diesem angenehm formulierten Programm, das durchaus den Anschein eines „Wohlfühlkonzeptes“ hat, finden sich beinharte Forderungen, die neue Verbote, massive Einschnitte für die Wirtschaft und teils drastische Kosten für die Bürger bedeuten. Damit wollen und werden wir uns beschäftigen. Und eines werden wir klarstellen:

Wir als Union stehen seit jeher für die Bewahrung der Schöpfung. Wir wollen Umwelt, Natur und Klima schützen – aber wir haben unsere eigenen Antworten auf die großen Herausforderungen. Denn wir betrachten Klimaschutz nicht als einseitige Aufgabe, sondern im Einklang mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen, wirtschaftlicher Stärke und einem guten Leben.

Deshalb lassen Sie uns zusammenrücken und leidenschaftlich für eine starke Union kämpfen. Lassen Sie uns gemeinsam für eine Politik eintreten, die nicht nur urbane Szenebezirke im Blick hat, sondern das ganze Land. Lassen Sie uns zusammen für Lösungen streiten, die der gesamten Gesellschaft helfen, nicht nur einzelnen Gruppen.

Wir freuen uns auf einen gemeinsamen Bundestagswahlkampf.

Lassen Sie uns das #zusammenmachen - #wegenmorgen!

Ihr

Manfred Pentz MdL
Generalsekretär der CDU Hessen

Wirtschafts- & Finanzstandort Hessen

Der Mittelstand ist Motor für Innovation, Beschäftigung und Wohlstand. Von seiner Dynamik, von der Kreativität und dem Einfallsreichtum der mittelständischen Unternehmer lebt unser Wirtschafts- & Finanzstandort. Der Mittelstand ist ganz besonders der Schlüssel für Aufschwung und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze. Er tätigt fast die Hälfte aller Investitionen in unserem Land, beschäftigt 68 Prozent aller Arbeitnehmer und bildet 80 Prozent aller Lehrlinge aus.

Die Politik muss vernünftige Rahmenbedingungen schaffen. Vor allem ein starrer und überregulierter Arbeitsmarkt, ständig steigende Sozialabgaben und eine überbordende Bürokratie bremsen den Wirtschafts- und Finanzstandort Hessen.

Das Steuerrecht muss vereinfacht werden. Wir brauchen weniger Sonderregelungen und Entlastungen. Nur einer Politik, die auf die Wirtschaft, den Mittelstand und die Finanzdienstleister setzt, wird es gelingen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

INHALT

© Laurence Chaperon



13

CDU HESSEN

6
VOKER BOUFFIER:
„BEIM IMPFEN GEHEN WIR EINEN GROSSEN SCHRITT VORAN“

10
FESTNAHME IM
ERMITTLUNGSKOMPLEX NSU 2.0
IST EIN GROSSER ERFOLG

12
WIESBADENER ERKLÄRUNG:
FÜR JÜDISCHES LEBEN UND DEN
KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS

16
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
IM WANDEL
Interview mit Roland Koch

17
AUFGABE UND WIRKEN DER
LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG

AUS DER PARTEI

8
LANDRAT VS. SPITZENKANDIDAT –
KEIN WIDERSPRUCH, SONDERN
EINE CHANCE

9
CDU BEI KOMMUNALWAHL
ERNEUT STÄRKSTE PARTEI

11
CDU HESSEN UND
CDU WIESBADEN TRAUERN
UM HANS-JOACHIM JENTSCH

13
ARMIN LASCHET SETZT AUF
AUSGEWOGENES TEAM UND
AUF CDU-KERNTHEMEN

14
CDU HESSEN TRAUERT UM
GERHARD SCHRÖCK

15
RÜCKZUG AUS DER POLITIK:
PETER TAUBER „MELDET SICH AB“

26
IHR TEAM IM
ALFRED-DREGGER-HAUS
Kim-Sarah Speer stellt sich vor

IMPRESSUM

Herausgeber: CDU Hessen, Alfred-Dregger-Haus, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden

Chefredakteurin: Michelle Lardong

Chef vom Dienst: Bastian Zander

Titelbild: Laurence Chaperon

Fotografen: Tobias Koch, Laurence Chaperon

Freie Autoren: Helmut Hehn, Andreas Mai

Redaktionsanschrift: Hessen Kurier, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden, Telefon: (0611) 16 65-513, Fax: (0611) 16 65-485, E-Mail: info@hessenkurier.de

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten

Verlag und Anzeigenvertrieb: Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH, Frankfurter Straße 6, 65189 Wiesbaden, Telefon (0611) 16 65-513, Fax (0611) 16 65-485

Verlagsgeschäftsführung und verantwortlich für die Anzeigen: Helmut Hehn

Anzeigenvertrieb: BK Kommunikation Verlags-gesellschaft für Politik und Marketing GbR, Voltaire-Weg 6, 76532 Baden-Baden, Telefon: 07221/27 60 27, Fax: 07221/27 61 28 E-Mail: info@bk-kommunikation.de

Anzeigendisposition: Sabine Lauer

Design, Layout & Produktion: GURU GmbH, Cremon 32, 20457 Hamburg www.guru-mc.com

Druck: A&M Service GmbH, Hinter dem Entenpfuhl 13 & 15, 65604 Elz, www.a-m-service.de

Verlagsbeirat: Holger Bellino, Frank Lortz, Manfred Pentz

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Nicht verlangte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Hinweis gem. § 5 HPresseG: An der Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH ist die CDU Hessen durch Treuhänder zu 100 v. H. beteiligt.

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag zeichnet sich im Sinne des Presserechts für die Seiten 18 bis 25 verantwortlich!

AUS DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

19 „WIR WERDEN IHN NIEMALS VERGESSEN“

Fraktionsvorsitzende Ines Claus MdL erinnert an Dr. Thomas Schäfer

20 KINDER DÜRFEN NICHT ZU OPFERN WERDEN

Holger Bellino MdL und Dr. Ralf-Norbert Bartelt MdL

22 ZERSCHLAGUNG DER KINDERPORNOPLATTFORM

„BOYSTOWN“ MIT
HESSISCHER HILFE
Holger Bellino MdL

25 HESSEN STÄRKT DEN RECHTSSTAAT

Christian Heinz MdL



Anzeige



**Starker Geschmack.
Köstliche Vielfalt.
Jetzt auch ungesüßt.**



Genießen Sie den neuen CAFFREDDO Latte Espresso DOPPIO ungesüßt. Mit 19 % kräftigem Espresso aus 100 % Arabica-Kaffee – schonend geröstet, frisch gebrüht und eisgekühlt. Seien Sie mit echtem Espresso unterwegs – mit CAFFREDDO von SCHWÄLBCHEN.



Latte
CAPPUCCINO

Latte
MACCHIATO

Latte
ESPRESSO DOPPIO
UNGESÜSST

Latte
ESPRESSO

Latte
MACCHIATO LIGHT



VOLKER BOUFFIER:

„BEIM IMPFEN GEHEN WIR EINEN GROSSEN SCHRITT VORAN“

Hessen gibt beim Impfen Vollgas: Prioritätsgruppe 3 für Terminvereinbarung freigeschaltet – zahlreiche Pilotprojekte und Freigabe der Impfstoffe von AstraZeneca sowie Johnson & Johnson.

Hessen baut die Impfstrategie weiter aus und hat seit dem 23. April die Terminregistrierung für die Priorisierungsgruppe 3 freigeschaltet. Zwei Tage später wurde die Impfreihenfolge für das Vakzin von AstraZeneca aufgehoben und für alle Altersgruppen freigegeben. Gleiches gilt seit dem 10. Mai für den Corona-Impfstoff des Herstellers Johnson & Johnson. Voraussetzung für eine Impfung ist bei beiden Impfstoffen neben der Verfügbarkeit des Vakzins die individuelle Bereitschaft der aktuell impfberechtigten Person sowie ein entsprechendes Aufklärungsgespräch des impfenden Arztes und eine individuelle Risikoabwägung. Bereits seit dem 7. April impfen in Hessen außerdem auch die Hausärzte als zweite Säule der Impfkampagne „Beim Impfen gehen wir einen großen Schritt voran. Das ist zudem ein wichtiger Schritt Richtung Freiheit. Denn das Impfen

ist unser wichtigster Baustein beim Weg aus der Pandemie“, betont der CDU-Landesvorsitzende und Hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier. Zudem gibt es Erleichterungen für vollständig Geimpfte, deren zweite Impfung mindestens 14 Tage zurückliegt. So müssen Personen mit vollständigem Impfschema nach Rückkehr aus dem Ausland nicht in Quarantäne, es sei denn, sie reisen aus einem Virusvarianten-Gebiet ein. Auch die Quarantänepflicht der Haushaltsangehörigen von Corona-Erkrankten entfällt für Personen mit vollständigem Impfschutz, es sei denn, der oder die Geimpfte zeigen Krankheitssymptome. Bei den Kontaktbeschränkungen gelten vollständig Geimpfte nicht als weitere Person. Von den Ausgangssperren im Rahmen der Bundesnotbremse sind sie gänzlich ausgenommen. Darüber hinaus sind Menschen mit einem vollständigen Impfschema von der Nachweispflicht eines negativen Testes beim Click & Meet, bei Veranstaltungen oder im Sportbereich ausgenommen. Die gleichen Erleichterungen gelten für Genesene, deren Infektion mit dem Coronavirus mindestens 28 Tage sowie

maximal sechs Monate zurückliegt. Bouffier: „Die Landesregierung wird alles dafür tun, möglichst vielen Menschen so schnell wie möglich ein Impfangebot zu machen.“

Allein die Öffnung der dritten Priorisierungsgruppe gibt in Hessen 1,5 Millionen weiteren impfberechtigten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich für die persönliche Schutzimpfung gegen das Coronavirus telefonisch oder online zu registrieren. Impfberechtigte aus den Gruppen 1 und 2 können sich zudem natürlich auch weiterhin registrieren. „Nach der Öffnung der Gruppe 3 sind aktuell mehr als die Hälfte der Hessinnen und Hessen priorisiert impfberechtigt“, macht der Hessische Innenminister Peter Beuth deutlich.

Weil sich in der dritten Priorisierungsgruppe hunderttausende Personen aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit impfen lassen können, werden neben den Impfzentren und Hausarztpraxen die betrieblichen Impfungen eine dritte Säule in der Impfkampagne bilden. Ab Juni 2021 sollen daher bundes- und hessenweit auch Betriebsärzte impfen. Vor diesem

Hintergrund läuft in Hessen seit Anfang Mai ein Pilotprojekt mit den Pharmaunternehmen Merck KGaA aus Darmstadt, der Sanofi-Aventis Deutschland GmbH aus Frankfurt, der B. Braun Melsungen AG sowie der Marburger Pharmaserv GmbH. Die dort Beschäftigten sind nach der Impfverordnung des Bundes Angehörige der Gruppe 3 und tragen darüber hinaus mit ihrer Arbeit für den Impffortschritt in der Bundesrepublik bei. Peter Beuth: „Firmen wie Biontech sind auf die stetige Lieferung von zahlreichen Inhaltsstoffen angewiesen, bevor ein fertiges Impffläschchen ausgeliefert werden kann. Außerdem benötigen unsere Ärztinnen und Ärzte millionenfach Impfbestandteile, damit die Dosen verabreicht werden können. Alle vier Unternehmen sind daher besonders systemrelevant, weil ihre Arbeit direkt dazu beiträgt, die Impfkampagne in Deutschland zu unterstützen!“

Fast 33 Prozent der hessischen Bürgerinnen und Bürger wurden bis Anfang Mai mindestens einmal geimpft. Rund 8,5 Prozent erhielten bereits Ihre Zweitimpfung. Insgesamt fanden seit Beginn der hessischen Kampagne nahezu 2,6 Millionen Impfungen statt. „Wir wollen so schnell wie möglich so viele Menschen wie möglich vor dem Corona-Virus schützen“, macht Peter Beuth deutlich. „Ich rufe daher alle Angehörigen der Gruppe 3

auf, sich beim Land zu registrieren oder ihren Hausarzt wegen einer Impfung zu konsultieren. Je nach Fortschritt in den 28 hessischen Impfzentren können schon sehr kurzfristige Termine frei werden.

Dafür haben wir in Absprache mit den Kommunen die Kapazitäten erneut gesteigert. Unsere Devise lautet: alle verfügbaren Wirkstoffe sollen unmittelbar zum Einsatz kommen.“ ■

PRIORISIERUNGSGRUPPE 3: WER IST JETZT IMPFBERECHTIGT?

Wie die Priorisierungsgruppe 2 ist auch die seit Ende April geöffnete dritte Gruppe sehr heterogen. Zu ihr zählen rund 700.000 Hessinnen und Hessen im Alter von **60 bis 69 Jahren**.

Unabhängig von ihrem Alter gehören Menschen mit einem **erhöhten Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf** bei einer Corona-Infektion auch zur Gruppe 3, etwa Menschen mit akuten Herzleiden, Asthma, Rheuma oder Autoimmunerkrankungen.

Aufgrund ihres Berufs sind eine Fülle von weiteren Personen impfberechtigt. Dazu gehören zum Beispiel Mitglieder und Beschäftigte von Verfassungsorganen (wie beispielsweise Bundes- und Landtagsabgeordnete, Teile der Verwaltung oder Wahlhelfer), Beschäftigte im Bereich Kritischer Infrastrukturen (etwa Pharmawirtschaft oder Energieversorgung) oder Angestellte des Lebensmitteleinzelhandels. Mit der Öffnung der Priorisierungsgruppe 3 werden zudem mehr als 70.000 Angehörige der Feuerwehren und im Katastrophenschutz einen schnellen Weg zur Impfung erhalten. „Das sind gute Nachrichten für unsere ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Sie benötigen für ihren lebensrettenden freiwilligen Dienst die nötige Sicherheit im Umgang mit Hilfsbedürftigen. Außerdem ist ihre dauerhafte Einsatzbereitschaft in besonderem Maße systemrelevant. Ich danke den Kameradinnen und Kameraden für ihre Geduld und freue mich, dass ich ihnen allen nun dieses Angebot machen kann“, so Beuth.

IMPFTERMINE UND INFORMATIONEN

Hier können Sie sich für einen
Impftermin registrieren:

Telefonisch unter
0611 505 92 888

Online unter
impfterminservice.hessen.de



Weitere wichtige Informationen
zur hessischen Impfkampagne
finden sich zudem unter:

corona-impfung.hessen.de/für-Bürger



LANDRAT VS. SPITZENKANDIDAT

KEIN WIDERSPRUCH, SONDERN VOR ALLEM EINE GROSSE CHANCE

Mit einem Plus von 4,5 % hat die CDU im Landkreis Bergstraße bei den Kommunalwahlen am 14. März den größten Zugewinn im Vergleich zur Kommunalwahl 2016 für die Union in den Landkreisen erreicht. Gleichzeitig stand die Landratswahl an der Bergstraße an, bei der sich Christian Engelhardt um seine zweite Amtszeit beworben hat. Mit einem starken Ergebnis von 63,28 % konnte er sich im ersten Wahlgang gegen die Herausforderer von SPD und Grünen durchsetzen.

Den vermeintlichen Widerspruch, dabei Spitzenkandidat der CDU-Liste zu sein und gleichzeitig als Landratskandidat aller Bürger aufzutreten, beschreibt Christian Engelhardt aus seiner ganz praktischen Erfahrung.

„Im Kreis Bergstraße fielen die Kommunalwahl und die Landratswahl auf ein gemeinsames Datum, was natürlich eine besondere Ausgangssituation darstellt. Wir haben uns als CDU-Kreisverband dafür entschieden, zu beiden Wahlen mit derselben Person an der Spitze anzutreten, um so personell, aber auch inhaltlich, unsere Kampagne ganz gezielt ausrichten zu können. Wir erleben immer wieder, dass insbesondere ein stark personalisierter

Wahlkampf die Menschen in hohem Maße erreicht – mehr als dies mittlerweile bei der reinen Fokussierung auf die Partei möglich ist. Eine starke Person als Zugpferd mit großer Reichweite kann Glaubwürdigkeit, Vertrauen in die Politik vor Ort und vor allem auch thematische Orientierung vermitteln – und das ist ein ganz entscheidender Faktor, besonders bei Bereich der Kommunalwahlen, bei denen

viele Menschen die Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort auch persönlich kennen und erleben.

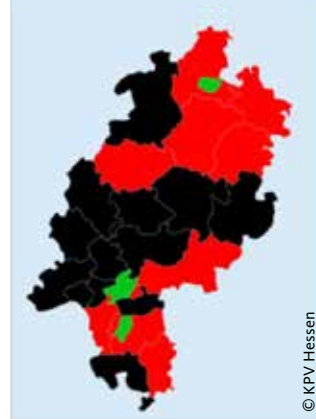
Natürlich hat uns auch das positive Feedback auf meine Arbeit als Landrat dazu bewogen, diesen Schritt zu gehen. Seit Amtsantritt lege ich großen Wert auf eine starke Präsenz bei den Menschen im Landkreis – und von Anfang an auch in den Sozialen Medien. Viele Menschen haben mich durch die sozialen Medien ‚kennengelernt‘ und verfolgen meine Arbeit dort. Gerade in der Pandemie kommt dies besonders zum Tragen, da ich über meine regelmäßigen Live-Streams eine hohe Reichweite erzielen und so die Menschen mit ihren Fragen und Sorgen abholen kann. Dieser Weg hat sich bewährt: Wir konnten sowohl bei der Landratsdirektwahl als auch bei der Kreistagswahl ein herausragendes Ergebnis erreichen und entgegen dem Landestrend deutlich zugelegt. Bei aller Fokussierung auf den Spitzenkandidaten muss aber auch gesagt sein: Am Ende kann dies nur zum Erfolg führen, wenn hinter der Spitze ein hervorragendes Team aus haupt- und ehrenamtlich Aktiven steht. Schließlich ist ein Wahlkampf immer eine Team- und keine Einzelleistung.“ ■



© Christian Engelhardt

Erreichte als Landratskandidat für die Bergstraße und Nummer eins der CDU-Liste bei der Kommunalwahl herausragende Ergebnisse: Christian Engelhardt.

CDU BEI KOMMUNALWAHL ERNEUT STÄRKSTE PARTEI



© KPV Hessen

Die CDU ist mit 28,5 Prozent als stärkste Partei aus den hessischen Kommunalwahlen hervorgegangen, die SPD wurde mit 24,0 Prozent zweitstärkste Kraft. Die Grünen verbesserten sich auf 18,4 Prozent. Sie verpassten aber das selbst gesteckte Ziel, zweitstärkste Kraft auf kommunaler Ebene in Hessen zu werden. Besonders in den Landkreisen blieb die CDU stark. Ihr bestes Ergebnis erzielte die CDU im Kreis Fulda! In Nüsttal erhielt sie 67,2 Prozent der Listenstimmen und damit ihr hessenweit bestes Ergebnis bei den Gemeindewahlen. ■

	2016	2021
■ CDU	13	13
■ SPD	11	10
■ Grüne	2	3

Die hessische CDU konnte sich in 13 Landkreisen und Städten als stärkste Kraft behaupten.

Landkreise/ kreisfreie Städte	CDU			SPD			GRÜNE		
	2021	2016	Differenz 21 zu 16	2021	2016	Differenz 21 zu 16	2021	2016	Differenz 21 zu 16
Lkr. Bergstraße	37,47 %	33,0 %	4,5 %	19,91 %	23,9 %	-4,0 %	18,25 %	11,1 %	7,2 %
Lkr. Darmstadt-Dieburg	25,62 %	26,9 %	-1,3 %	32,24 %	31,9 %	0,3 %	18,28 %	13,5 %	4,8 %
Lkr. Groß-Gerau	25,87 %	24,2 %	1,7 %	28,12 %	33,8 %	-5,7 %	18,51 %	10,1 %	8,4 %
Hochtaunuskreis	35,08 %	34,1 %	1,0 %	13,69 %	18,0 %	-4,3 %	23,02 %	13,8 %	9,2 %
Main-Kinzig-Kreis	26,23 %	27,1 %	-0,9 %	30,84 %	33,6 %	-2,8 %	15,58 %	8,3 %	7,3 %
Main-Taunus-Kreis	37,27 %	33,6 %	3,7 %	16,13 %	20,6 %	-4,5 %	22,20 %	14,2 %	8,0 %
Odenwaldkreis	22,98 %	21,3 %	1,7 %	33,46 %	35,1 %	-1,6 %	11,72 %	7,6 %	4,1 %
Lkr. Offenbach	31,71 %	32,4 %	-0,7 %	18,55 %	23,8 %	-5,3 %	22,02 %	12,0 %	10,0 %
Rheingau-Taunus-Kreis	33,16 %	35,3 %	-2,1 %	21,06 %	24,1 %	-3,0 %	19,74 %	11,2 %	8,5 %
Wetteraukreis	32,84 %	30,5 %	2,3 %	20,70 %	28,0 %	-7,3 %	19,04 %	9,0 %	10,0 %
Lkr. Gießen	25,31 %	24,2 %	1,1 %	21,02 %	28,5 %	-7,5 %	21,34 %	10,8 %	10,5 %
Lahn-Dill-Kreis	30,09 %	31,2 %	-1,1 %	24,94 %	29,1 %	-4,2 %	14,17 %	8,3 %	5,9 %
Lkr. Limburg-Weilburg	36,70 %	38,6 %	-1,9 %	24,73 %	27,9 %	-3,2 %	13,64 %	7,0 %	6,6 %
Lkr. Marburg-Biedenkopf	26,28 %	27,2 %	-0,9 %	30,55 %	35,0 %	-4,5 %	16,02 %	9,5 %	6,5 %
Vogelsbergkreis	33,29 %	35,5 %	-2,2 %	24,75 %	31,8 %	-7,1 %	9,81 %	7,7 %	2,1 %
Lkr. Fulda	44,10 %	46,5 %	-2,4 %	12,31 %	15,5 %	-3,2 %	12,02 %	8,1 %	3,9 %
Lkr. Hersfeld-Rotenburg	25,79 %	30,0 %	-4,2 %	37,16 %	36,9 %	0,3 %	9,22 %	5,9 %	3,3 %
Lkr. Kassel	24,21 %	22,8 %	1,4 %	40,64 %	44,3 %	-3,7 %	14,13 %	8,6 %	5,5 %
Schwalm-Eder-Kreis	22,59 %	23,8 %	-1,2 %	34,80 %	38,7 %	-3,9 %	11,69 %	7,3 %	4,4 %
Lkr. Waldeck-Frankenberg	28,17 %	28,0 %	0,2 %	25,52 %	31,1 %	-5,6 %	14,39 %	8,2 %	6,2 %
Werra-Meißner-Kreis	30,41 %	30,7 %	-0,3 %	32,79 %	41,8 %	-9,0 %	13,21 %	7,6 %	5,6 %
Darmstadt	15,58 %	18,2 %	-2,6 %	16,74 %	17,2 %	-0,5 %	27,39 %	29,7 %	-2,3 %
Frankfurt	21,90 %	24,1 %	-2,2 %	17,00 %	23,8 %	-6,8 %	24,60 %	15,3 %	9,3 %
Kassel	19,18 %	20,7 %	-1,5 %	24,58 %	29,5 %	-4,9 %	28,70 %	18,0 %	10,7 %
Offenbach	18,08 %	24,1 %	-6,0 %	28,37 %	24,8 %	3,6 %	18,14 %	14,5 %	3,6 %
Wiesbaden	23,50 %	24,7 %	-1,2 %	20,30 %	25,9 %	-5,6 %	21,40 %	14,1 %	7,3 %

Die CDU ist der klare Sieger der Kommunalwahl 2021 in Hessen. Nach Auszählung aller Stimmen kamen die Christdemokraten hessenweit auf 28,5 Prozent und hielten quasi ihren Stimmenanteil im Vergleich zu 2016.

FESTNAHME IM ERMITTLUNGSKOMPLEX NSU 2.0 IST EIN GROSSER ERFOLG

Bei den durch die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main wegen anonymen „NSU 2.0“- Drohschreiben zum Nachteil zahlreicher Personen des öffentlichen Lebens geführten Ermittlungen hat das Hessische Landeskriminalamt am 3. Mai 2021 eine Wohnung in Berlin durchsucht und eine Person aufgrund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Frankfurt am Main festgenommen. Das teilten die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main und das Hessische Landeskriminalamt Anfang Mai in einer gemeinsamen Presseerklärung mit.

Bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen 53-jährigen erwerbslosen Mann deutscher Staatsangehörigkeit, der bereits in der

August 2018 unter dem Synonym „NSU 2.0“ bundesweit eine Serie von Drohschreiben mit volksverhetzenden, beleidigenden und drohenden

” *Die Festnahme des dringend Tatverdächtigen ist ein großer Ermittlungserfolg.* “

Vergangenheit wegen zahlreicher – unter anderem auch rechtmotivierter – Straftaten rechtskräftig verurteilt worden ist. Er war zu keinem Zeitpunkt Bediensteter einer hessischen oder sonstigen Polizeibehörde. Der Beschuldigte steht in dringendem Verdacht, seit

Inhalten verschickt zu haben. Bei den Adressaten handelte es sich überwiegend um Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit im Fokus der Öffentlichkeit stehen, darunter eine Rechtsanwältin aus Frankfurt am Main sowie Abgeordnete des Hessischen Landtags und des Bundestags.



Dazu sagte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Alexander Bauer:

„Die Festnahme des dringend Tatverdächtigen, der mutmaßlich die ‚NSU 2.0-Drohschreiben‘ verfasst haben soll, ist ein großer Ermittlungserfolg und ein starkes Zeichen des wehrhaften Rechtsstaats. Auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Frankfurt und in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt Hessen wurde in Berlin ein 53-jähriger festgenommen, der beschuldigt wird, der Verfasser der Drohmails an Politiker, Anwälte und Personen des öffentlichen Lebens zu sein.“

Die CDU in Hessen war ebenfalls Adressat dieser widerwärtigen Schreiben, weshalb die Festnahme auch für uns eine gute Nachricht ist. Wie der Täter an die sensiblen Daten und Adressen kam, versuchen die Ermittlungsbehörden zu klären.“

Sehr aufwändige und zeitintensive gemeinsame Ermittlungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft und des Hessischen Landeskriminalamtes führten letztlich zur Identifizierung des Beschuldigten.

Die Auswertung der bei der Durchsichtung sichergestellten Datenträger sowie die weiteren, unter anderem wegen des Verdachts der Volksverhetzung, des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, der Bedrohung sowie der Beleidigung, geführten Ermittlungen dauern an.

„Sollte sich der dringende Tatverdacht gegen den 53-jährigen Berliner bestätigen, ist das ein ganz herausragender Ermittlungserfolg der hessischen Strafverfolgungsbehörden“, betonte Hessens Innenminister Peter Beuth. Das Team um den polizeilichen Sonderermittler Hanspeter Mener habe zehn Monate lang nichts unversucht gelassen, um den mutmaßlichen Täter

aus der Anonymität des Darknets zu reißen. Beuth: „Die jahrelangen widerlichen Drohungen und Einschüchterungen gegen Personen des öffentlichen Lebens können nun in einem rechtsstaatlichen Verfahren geahndet werden. Wenn sich der Verdacht bewahrheitet, können Dutzende unschuldige Opfer sowie die gesamte hessische Polizei aufatmen. Die Drohschreiben hatten einen sehr schwerwiegenden Verdacht auf die Polizei gelenkt. Nach allem was wir heute wissen, war nie ein hessischer Polizist für die NSU 2.0-Drohmailserie verantwortlich. Wir müssen und werden aus diesem großen Erfolg aber weitere Lehren für unsere Sicherheitsbehörden ziehen. Die Ermittlungen werden mit der gleichen Beharrlichkeit und Akribie, die jetzt zum Erfolg geführt haben, fortgesetzt. Ich danke der Frankfurter Staatsanwaltschaft, dem Hessischen Landeskriminalamt und ganz besonders Hanspeter Mener und seiner AG211 für den unermüdlichen Einsatz.“ ■

CDU HESSEN UND CDU WIESBADEN TRAUERN UM HANS-JOACHIM JENTSCH

*20.09.1937

+28.03.2021



Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Jentsch verstarb am 28. März im Alter von 83 Jahren.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Jentsch ist am 28. März im Alter von 83 Jahren verstorben.

Jentsch zählte in den vergangenen Jahrzehnten zu den prägenden Gestalten der Partei und hatte zahlreiche öffentliche Ämter inne. Von 1976 bis 1982 war er Mitglied des Deutschen Bundestags und von 1982 bis 1985 Oberbürgermeister von Wiesbaden. In seiner Amtszeit stieß er wichtige Projekte für die Landeshauptstadt an, unter anderem die Sanierung des Kurhauses. Nach dem Ausscheiden aus dem Amt war er Abgeordneter des Hessischen Landtags, bevor er 1990 zum Justizminister des Landes

Thüringen ernannt wurde. Von 1996 bis 2005 war Jentsch Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Für seine Verdienste wurde er vielfach geehrt: 2005 erhielt er das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und 2010 wurde ihm für seine Verdienste um die Deutsche Einheit die höchste Auszeichnung des Landes Hessen verliehen, die Wilhelm-Leuschner-Medaille. Seit 2006 war Jentsch zudem Ehrenbürger der Landeshauptstadt Wiesbaden. Im Jahr 2017 wählte ihn die Wiesbadener CDU zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

WIESBADENER ERKLÄRUNG

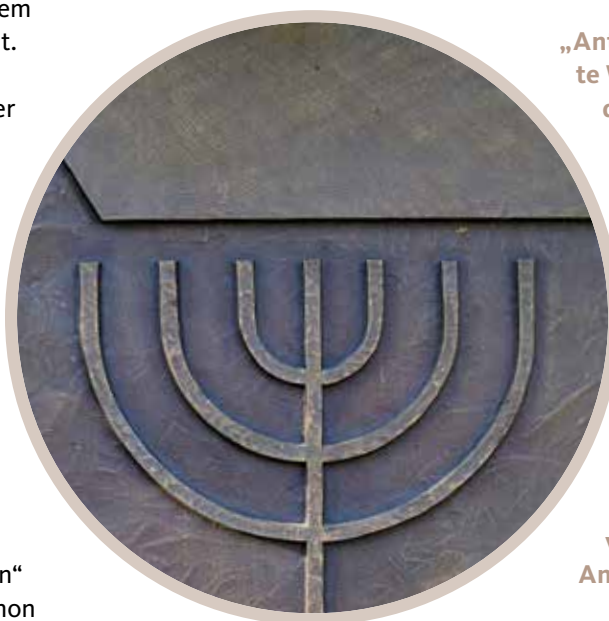
FÜR JÜDISCHES LEBEN UND DEN KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS

Für die Christlich Demokratische Union Hessen ist das Engagement für jüdisches Leben und gegen jegliche Formen des Antisemitismus in unserem Bundesland gelebtes Selbstverständnis.

Jüdisches Leben ist seit mindestens 900 Jahren Teil der Identität unseres Landes. Jüdische Familien haben über die Jahrhunderte hinweg die Entwicklung Hessens mitgeprägt und damit unser Land mit zu dem gemacht, was es heute darstellt. Dennoch waren Jüdinnen und Juden immer auch wieder Opfer von Entrechtung, Vertreibung und Ermordung. Jene schrecklichen Zäsuren, die im Holocaust ihren abscheulichen Tiefpunkt auch unserer hessischen Geschichte fanden, sind uns umso mehr Mahnung und Verpflichtung, dass sich derartiges nie mehr wiederholen darf.

Über ein reines „Nie wieder“ oder ein „Wehret den Anfängen“ sind wir dabei jedoch leider schon hinaus. Der auch in unserem Land weiter zunehmende Antisemitismus, Hass und Hetze, wie wir diese auf Straßen und Plätzen unseres Landes wie an zu vielen Orten in Deutschland und Europa erneut feststellen müssen, erfüllen uns mit Sorge. Wenn Hessinnen und Hessen sich fragen, ob sie oder ihre Kinder auf Dauer noch eine sichere Zukunft in Deutschland haben, dann ist es nicht 5 vor 12, sondern bereits 10 nach 12, und es muss darum gehen, die bereits weit in die gesellschaftliche Mitte hineingedrungenen antisemitischen Stereotypen wieder zurückzudrängen, den an den politischen Rändern bewusst beförderten

Judenhass aktiv zu bekämpfen und gerade auch präventiv dort zu wirken, wo kulturell geprägte Judenfeindlichkeit und Israelhass schon junge Generationen negativ prägen. Gemeinsam mit allen Teilen unserer Gesellschaft müssen wir unser Engagement gegen Judenfeindlichkeit noch weiter ausbauen. Das Entstehen gegen Antisemitismus ist dabei keine Aufgabe der Jüdischen



Gemeinschaft, diese ist Ziel und Opfer von Judenhass. Antisemitismus ist ein Gift, das unser gesellschaftliches Klima insgesamt zerstört. Das Engagement gegen Antisemitismus ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich gerade auch die CDU Hessen besonders verpflichtet fühlt.

Nachdem das Hessische Kabinett unter Führung von Ministerpräsident Volker Bouffier zum Ende des vergangenen Jahres die „Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance

(IHRA)“ offiziell übernommen hat und auch die zivilgesellschaftlichen Akteure in Hessen dazu aufgerufen hat, diese Erklärung ebenso in ihr Handeln zu übernehmen, unterstreicht auch die CDU Hessen mit der Annahme der IHRA-Definition ihr Bekenntnis für jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus.

Die IHRA-Definition lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Die CDU Hessen wird sich in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass das jüdische Leben in unserem Land weiter gefördert und das Engagement gegen Antisemitismus weiter ausgebaut wird. Dies sind wir nicht nur jenen Hessinnen und Hessen gegenüber verpflichtet, denen in der verbrecherischen Zeit des Nationalsozialismus die Chance auf ein Leben in unserem Land brutal genommen wurde, sondern auch jenen Jüdinnen und Juden, die heute ein bereichernder Teil unserer hessischen Gesellschaft sind, wie auch gegenüber jenen, für die Hessen auch morgen eine sichere Heimat sein soll. ■



ARMIN LASCHET SETZT AUF AUSGEWOGENES TEAM UND AUF CDU-KERNTHEMEN

CDU Kanzlerkandidat Armin Laschet kündigte an, dass Friedrich Merz für ihn „fest in den Mannschaftskader der Union für die Bundestagswahl“ gehöre. Dieser zähle zu den „besten Köpfen“ der Partei.

In einer aktuellen INSA-Umfrage verbessert sich die Union von 24 Prozent um eineinhalb Prozentpunkte auf 25,5 Prozent. Damit zieht die CDU/CSU wieder an den Grünen vorbei, die einen halben Punkt verlieren und nun bei 23,5 Prozent stehen. Die SPD kommt in dem Meinungstrend auf 15 Prozent, die FDP auf 12 Prozent, die AfD auf 11 Prozent und Linke auf 7,5 Prozent. Eine Rot-Rot-Grüne-Koalition hat somit keine Mehrheit. Gute Nachrichten für CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet. Wenige Tage nach der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur war dieser zu Gast im Landesvorstand der CDU Hessen und kündigte an, mit einem starken Wahlkampfteam in den kommenden Bundestagswahlkampf zu ziehen. Laschet: „Die Union hat Deutschland schon durch viele schwere Krisen erfolgreich geführt, mit den richtigen Konzepten und den besten Köpfen.“

Das wird uns auch diesmal gelingen.“ Bereits zuvor hatte der CDU-Vorsitzende erklärt, dass auch Friedrich Merz diesem Team angehören werde. Mit seiner Wirtschafts- und Finanzkompetenz könne Merz entscheidend dabei helfen, die gewaltigen Herausforderungen für Deutschland nach der Corona-Pandemie nachhaltig zu meistern, erklärte Laschet. Außerdem könne der 65jährige Sauerländer die Menschen begeistern. Der Hessische CDU-Vorsitzende und Hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, sagte dazu: „Armin Laschet und Friedrich Merz bilden eine Union.“

Der CDU-Vorsitzende warnte in der Sitzung außerdem davor, im Wahlkampf den Grünen hinterherzulaufen. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht so tun, als wären wir so etwas wie die Grünen“, sagte Laschet. Man müsse „vielmehr CDU pur“ sein.

„Dann haben wir eine Chance, diese Bundestagswahl zu gewinnen“, so der Nordrhein-Westfälische Ministerpräsident. Laschet nannte zudem erste Schwerpunkte für den anstehenden Bundestagswahlkampf. So wolle er unter anderem die Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt rücken, betonte der gebürtige Aachener. Dabei gehe es auch um eine Entschlackung der Bürokratie, einen serviceorientierten Staat und die Digitalisierung. Den Grünen mit ihrer Kanzlerkandidatin Baerbock warf Laschet vor, inhaltlich wenig zu bieten zu haben. Es gehe um die Lösung einer großen Jahrhundertaufgabe: Wie können wir die Folgen der Pandemie stemmen und gleichzeitig dem Klimawandel entgegentreten? Beim Ziel seien sich alle einig: Spätestens bis zur Mitte des Jahrhunderts müsse Klimaneutralität

Fortsetzung auf der nächsten Seite ►

hergestellt sein. Laschet: „Das ist im Abkommen von Paris so verabredet. Aber auf dem Weg zum Ziel gibt es Unterschiede: Die Grünen haben ein Wahlprogramm, das schön inszeniert ist und tolle Überschriften hat. Die praktische Umsetzung der Klimaziele hat es nicht im Auge. Ich will, dass Deutschland ein klimaneutrales Industrieland wird, in dem auch in Zukunft Millionen Menschen gute Arbeitsplätze haben. Jede Entscheidung in der Klimapolitik hat auch Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Wohnkosten oder Benzinpreise – eben auf den Lebensalltag vieler Menschen und auf den Wohlstand in Deutschland. „Dies müsse man bei Entscheidungen immer im Auge haben. Deutschland, so der Kanzlerkandidat der Union, brauche daher eine „neue Gründerzeit“. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, könnten die Grünen schlicht nicht. Die FDP

bezeichnete der 60jährige dagegen als „guten Partner“, mit dem man das Land voranbringen könne. Der CDU-Vorsitzende mahnte zugleich, die Grünen würden jede sich bietende Gelegenheit nutzen, ohne die Union eine Bundesregierung zu bilden. „Das wird dann eine andere Republik sein.“ Deshalb gelte es jetzt geschlossen zusammenzustehen und gemeinsam mit unserer Schwesterpartei CSU einen erfolgreichen Wahlkampf

zu gestalten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, so ehemalige freie Journalist des Bayerischen Rundfunks. „Denn es ist unser gemeinsames Ziel, am 26. September als stärkste Kraft aus der Wahl hervorzugehen“, machte Laschet deutlich. ■

Bis vor Kurzem kämpften sie noch um den CDU-Parteivorsitz, nun holt Armin Laschet Friedrich Merz in sein Wahlkampfteam.



© Tobias Koch

CDU HESSEN TRAUERT UM GERHARD SCHRÖCK

* 18.02.1950 † 16.02.2021



Nach langer schwerer Krankheit ist Gerhard Schröck wenige Tage vor seinem 71. Geburtstag im Rüdesheimer Krankenhaus verstorben. Gerhard Schröck ist im Jahr 1972 in die CDU eingetreten. Er war von 1987 bis 2013 Kreisgeschäftsführer

der CDU im Rheingau-Taunus-Kreis und liebte diese Tätigkeit, die für ihn mehr Berufung als Beruf war. Von 1987 bis 1989 war er zudem Bezirksgeschäftsführer der CDU Westhessen.

Er hat sich als „Sprecher der Kreisgeschäftsführer“ seit der Einführung dieser Funktion bis zu seinem Renteneintritt stets mit viel Herzblut für die Belange der Kollegen in den Kreisverbänden eingesetzt. Ebenso hat er sich über viele Jahre als Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Versorgungswerk der CDU Deutschlands für die Altersversorgung der Mitarbeiter der CDU engagiert.

Von 1976 bis 1986 bekleidete er das Amt des Ortsvorstehers in Heidenrod-Kemel.

In seiner Freizeit lag ihm der Breitensport besonders am Herzen. Über 20 Jahre lang führte er den TuS Kemel 1926 e.V. als Vorsitzender und wurde von seinem Verein zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Aber auch der Radsport, den er bis zuletzt aktiv betrieb, machte ihm viel Freude.

Die CDU Hessen trauert mit seiner Frau Hannelore und seinen beiden Kindern um einen engagierten Christdemokraten und vorbildlichen Streiter für seine Kolleginnen und Kollegen.

Mit großem Respekt nimmt die CDU Hessen Abschied von Gerhard Schröck. Sie wird ihn und seine Arbeit in dankbarer Erinnerung behalten.

RÜCKZUG AUS DER POLITIK: PETER TAUBER „MELEDET SICH AB“



© Tobias Koch

„Frau Ministerin, Herr Generalinspekteur, ich melde mich ab.“ Mit diesen Worten hat Peter Tauber Abschied aus der Bundespolitik genommen. Wie angekündigt, legte der 46-Jährige aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium sowie Anfang Mai sein Bundestagsmandat nieder. In seiner Heimatstadt Gelnhausen und im Main-Kinzig-Kreis wird sich Peter Tauber dagegen weiterhin für die CDU engagieren. Volker Bouffier dankte dem einstigen CDU-Generalsekretär. „Peter Tauber hat immer vollen Einsatz gezeigt. Er war stets ein verlässlicher Ansprechpartner der CDU Hessen in Berlin und hat sich

um die Modernisierung der Partei verdient gemacht“, erklärte Bouffier.

Der Rückzug hatte sich bereits seit einiger Zeit angedeutet. In seinem Buch „Du musst kein Held sein“ reflektierte Tauber etwa darüber, wie sein Leben als Nonstop-Politiker aus den Fugen geriet, wie er dabei weder auf sich noch auf Freunde Rücksicht nahm. Als er ins Krankenhaus kam, habe er einen Mitarbeiter bitten müssen, das Nötigste aus seiner Wohnung zu holen: „Mir wird einmal mehr bewusst, dass ich in Berlin keine richtigen Freunde habe.“ Im März kündigte Tauber an, „konsequent zu sein und auf mich selbst zu hören“.

Ende Januar diesen Jahres sei ein erneuter Eingriff nötig geworden, ein zweiter zwingt ihn zu einer „längeren Auszeit“. Bereits 2018 legte der Hauptmann der Reserve das Amt des Generalsekretärs nieder und wechselte ins Verteidigungsministerium. Abschließend schrieb Peter Tauber in seinem Brief: „Es war mir eine Ehre, für unsere Streitkräfte und Deutschland zu arbeiten. Wie ich zu sagen pflege: Hurra! Ihr und Euer Peter Tauber.“ Gänzlich von der Truppe verabschieden will sich Peter Tauber jedoch nicht. Sein neuestes Ziel: Er will die Lehrberechtigung an einer der Hochschulen der Bundeswehr erwerben. ■

Anzeige

Herzschwäche – Was tun?



Herz-Experten informieren umfassend über die Herzschwäche in der neuen Broschüre „**Das schwache Herz**“.

Fordern Sie jetzt Ihr kostenfreies Exemplar an:
Telefon 069 955128-400

[www.herzstiftung.de/
das-schwache-herz](http://www.herzstiftung.de/das-schwache-herz)



SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IM WANDEL

Der Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung, Roland Koch, über die Zukunft und die Herausforderungen der deutschen Wirtschaft



Seit November 2020 das Gesicht der renommierten Stiftung: Hessens früherer Ministerpräsident Roland Koch.

Herr Koch, welches sind die großen Stärken der Sozialen Marktwirtschaft?

Wir haben gelernt, dass zentrale Wirtschaftssteuerung zu Unfreiheit und Armut führt. Die auf Freiheit, Recht und Eigentum aufbauende Marktwirtschaft nimmt den Einzelnen ernst, mobilisiert seine Kräfte und schafft Wohlstand. Aber erst der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft hat uns mit Ludwig Erhards Hilfe den Rahmen gegeben, der Freiheit mit Verantwortung, Leistung mit Solidarität und Wettbewerb mit Missbrauchskontrolle verbindet. Das sind die Bestandteile unseres Wirtschaftswunders.

Haben wir in Deutschland ein Problem, die Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft zu erklären?

Auch aktuelle Umfragen zeigen uns, dass eine große Mehrheit die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In den Kreisen unserer Journalisten ist das anders und das führt zu dieser Verzerrung. Umso mehr müssen wir gerade in der jüngeren Generation immer wieder für die Freude an der Freiheit, die Chance

der Kreativität und das Versprechen des Lohns für Leistung werben. Die Gemütlichkeit des rundum vom Staat betreuten Lebens bleibt ein süßes Gift, auch bei uns.

Wie werten Sie dann die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und wie werden sich diese auf das Verhältnis zwischen Wirtschaft, Unternehmern und Staat auswirken?

Das Schicksal in dieser überlangen Phase der Pandemie besteht ja darin, dass unser relativ reicher Staat nahezu unendlich aus dem Vollen schöpfen kann, es zahlen ja die kommenden Generationen. Wir müssen da schnell raus, dürfen uns nicht an Subventionen und Staatsbeteiligungen an Unternehmen gewöhnen. Mit einer langen Krise leben darf sich nicht in der Anordnung von Lock-downs erschöpfen. Volker Bouffier hat dazu kürzlich eine wichtige Rede im Bundesrat gehalten. Und trotzdem sollten wir auch anerkennen, dass es unsere Regierungen in Deutschland besser gemacht haben als die meisten anderen in der Welt.

Was braucht es in den kommenden Monaten, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen? Welche strukturellen Probleme müssen wir angehen?

Die deutsche Wirtschaft war schon vor der Krise nicht mehr bei bester Gesundheit. Es wurde zu wenig investiert, bei den Technologien der Zukunft sind andere schneller. Noch sind wir stark auf den Märkten in Asien und Amerika, aber das wird weniger. Ich betrachte die Herausforderung, unseren Planeten zu schützen, als

eine riesige Chance für die deutsche Wirtschaft. Aber wir haben absurd lange Genehmigungsverfahren, unsere Straßen und Schienen werden marode und die Digitalisierung braucht einen Anschub. Dabei geht es nicht nur um Regierungsarbeit, es geht auch um uns selbst. Unsere Panik beim Datenschutz macht uns schwach, das haben wir auch in der Pandemie erfahren. Zudem drohen die Kosten der sozialen Systeme uns aufzufressen. Davor darf man sich nicht länger wegducken.

Die Soziale Marktwirtschaft zeichnet sich durch verschiedene Eigenschaften wie Risikobereitschaft, Mut oder die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, aus. Dieses Potenzial ist bei deutschen Unternehmern zweifelsohne vorhanden. Aber warum können wir dieses Know-how immer schwieriger in Wohlstand und Innovationen umwandeln?

Ist das wirklich immer alles vorhanden? Ich wünsche mir mehr risikofreudige Investoren. Die mutigen Investoren bei Biontech und Curevac sind doch die Ausnahme. Wir brauchen mehr Unternehmensgründer, mehr Wagniskapital und weniger Steuern für risikofreudige Unternehmer. Vor allem aber, da möchte ich mit der Ludwig-Erhard-Stiftung einen Beitrag leisten, brauchen wir jeden Tag Unternehmertum, Start-Ups für neue Ideen, Meister mit dem Willen, die Handwerksbetriebe zu übernehmen, und möglichst viele Bürger, die Sparkassenbriefe in Aktien tauschen. Und wir brauchen ein Steuerrecht, das das alles belohnt und nicht bestraft. ■

AUFGABE UND WIRKEN DER LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG

Die Ludwig-Erhard-Stiftung wurde 1967 von Ludwig Erhard gegründet. Sie ist von Parteien und Verbänden unabhängig und hat die Aufgabe, für freiheitliche Grundsätze in Wirtschaft und Politik einzutreten und die Soziale Marktwirtschaft zu stärken. Sie tritt politischem Opportunismus und Konformismus mit einem klaren Leitbild entgegen: Freiheit und Verantwortung als Fundament einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für den mündigen Bürger.

Die maximale Zahl der stimmberechtigten Mitglieder beträgt 75. Daneben gibt es einen Freundeskreis, der jedem offensteht, mit mehreren hundert Personen. Der 2020 neu gewählte Vorstand besteht aus sieben Personen. Die Geschäftsstelle mit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern befindet sich im ehemaligen Bonner Regierungsviertel im Wohnhaus von Ludwig Erhard.

Die Stiftung hat 2017 eine jährliche Publikation unter dem Titel „Wohlstand für Alle“ gestartet, in der Politiker, Wissenschaftler und Publizisten jeweils einen Aspekt eines Schwerpunktthemas beleuchten, etwa „70 Jahre Wirtschafts- und Währungsreform“, „70 Jahre Grundgesetz“ oder „Klimaschutz und Marktwirtschaft“. Das Heft erscheint in einer sechsstelligen Druckauflage und als e-Paper.

Mit Symposien und Kamingesprächen bietet die Stiftung eine Plattform für den öffentlichen Diskurs. Sie ist mit eigenen Referenten bei Seminaren für Schüler, Studenten und Lehrer aktiv.

Eine mehr als 40-jährige Tradition hat die jährliche Vergabe des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik. Der Preis steht für das Interesse der Stiftung, dass „Themen, die für die Erhaltung, Erneuerung und Entfaltung der Sozialen Marktwirtschaft wichtig sind, publizistisch, wissenschaftlich und in den Medien intensiv behandelt werden“. Seit 1977 wurden über 80 Persönlichkeiten aus Medien, Wissenschaft, Politik und der unternehmerischen Praxis ausgezeichnet, darunter in der jüngeren Zeit der WELT-Chefredakteur Ulf Poschardt, Bundesbankpräsident Jens Weidmann sowie die Ex-Politiker Gerhard Schröder und Wolfgang Clement.

Daneben ehrt die Stiftung mit der Ludwig-Erhard-Medaille für besondere Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft Persönlichkeiten, die sich um den Bestand und die Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der sie tragenden Prinzipien besonders verdient gemacht haben. Zu den Geehrten zählen die ehemaligen Minister Otto Graf Lambsdorff und Gerhard Stoltenberg, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Paul Kirchhof, sowie 2018 der ehemalige Ministerpräsident von Estland, Mart Laar. ■

Berthold Barth



WELT-Chefredakteur Ulf Poschardt bei seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik 2019.



Der Namensgeber der Stiftung, Ludwig Erhard, gilt als Vater des deutschen Wirtschaftswunders und Begründer der Sozialen Marktwirtschaft. Sein Motto lautete: Wohlstand für Alle.

KOCH-KOMMENTAR ABONNIEREN

Die wöchentlich erscheinende Kolumne des Vorsitzenden Roland Koch können Sie hier lesen und abonnieren:

www.ludwig-erhard.de/erhard-heute/erhard-heute-abonnieren



AUS DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

DER HESSISCHE LANDTAG UND SEINE AUSSCHÜSSE BESCHÄFTIGEN SICH IM LAUFE EINER WAHLPERIODE MIT MEHR ALS 7.000 DRUCKSACHEN ZU EINER VIELZAHL VERSCHIEDENER THEMEN.

DER HESSENKURIER HÄLT SIE AUF DEM LAUFENDEN!



WIR WERDEN IHN NIEMALS VERGESSEN UND HALTEN DIE ERINNERUNG AN IHN WACH



Ines Claus, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Am Sonntag, 28. März, war es genau ein Jahr her, dass unser Freund und langjähriger Weggefährte, der ehemalige Hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer, auf so tragische und schmerzliche Art und Weise aus dem Leben geschieden ist. Es ist ein Tag, der die schmerzvollen Erinnerungen wieder zurück in unser Gedächtnis ruft und alle nach wie vor unendlich traurig und sprachlos zurücklässt.

Doch sollen auch die vielen gemeinsamen Momente und Begegnungen, die wir mit ihm verbringen durften, unsere Erinnerung prägen: Seine überaus humorvolle Art des Umgangs, seine Menschlichkeit, aber

auch sein tiefgreifendes Fachwissen. Thomas war ein großartiger, liebenswürdiger Mensch und eine herausragende Persönlichkeit der

In Gedenken an Dr. Thomas Schäfer hat die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag am 30. März eine digitale Andacht durch den

” *Wir werden Thomas niemals vergessen, und sein Andenken erhalten. Er und seine Familie werden immer zu uns gehören.* “

Politik in Hessen. Er war eines der prominentesten und beliebtesten Gesichter der hessischen Union und der Landtagsfraktion. Er war nicht nur Vordenker und Experte seines Faches, sondern ebenso ein guter und verlässlicher Freund.

Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Dr. Dr. h. c. Volker Jung, durchgeführt. Es war ein ergreifender Moment, Dr. Thomas Schäfer zumindest virtuell gemeinsam gedenken zu können.

Unsere Gedanken und unsere Gebete sind bei seiner Familie, bei seiner Frau und seinen beiden Kindern. An sie denken wir besonders.

Jeder, der ihn kannte und schätzte, wird das Andenken an Dr. Thomas Schäfer wachhalten und sich seiner erinnern – in Dankbarkeit und Verpflichtung. ■



Von 2010 bis 2020 Hessischer Finanzminister: Dr. Thomas Schäfer bleibt unvergessen.

KINDER DÜRFEN NICHT ZU

Hessen ist Vorreiter beim institutionellen Kinderschutz



Holger Bellino, Parlamentarischer
Geschäftsführer der CDU-Fraktion im
Hessischen Landtag

Seit vielen Jahren steigert die CDU bundesweit die Suche nach gesetzlichen Änderungen und nach wirksamen Maßnahmen des Gesetzgebers zum Schutze unserer Kinder. Viel zu oft aber sind diese Vorstöße am Widerstand der SPD gescheitert. Oft konnten erst nach Monaten bzw. Jahren des Drängens einzelne Schritte gegangen werden, so etwa im Frühjahr 2020 mit der Versuchstrafbarkeit des Cybergroomings und der überaus wichtigen Möglichkeit für Ermittler, sich mit computergenerierten Bildern Zutritt zu Kinderschänderforen zu verschaffen.

KINDERSCHUTZAMBULANZ FÖRDERN

Der Schutz des Kindeswohls hat auch für die hessische CDU oberste Priorität! Es muss alles daran gesetzt werden, dass Kinder nicht zu Opfern werden. Weil es aber einen hundertprozentigen Schutz nicht geben kann, müssen die jungen Opfer von Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch bestmöglich ärztlich versorgt und die Beweise detailliert und gerichtsfest gesichert werden – ohne dass es dabei zu einer weiteren Traumatisierung kommt. Genau hier setzt die bedeutende und wertvolle Arbeit der Medizinischen Kinderschutzambulanz Frankfurt an. Seit 2010 übernimmt sie die medizinische Aufklärung von Verdachtsfällen sowie die Betreuung und Behandlung betroffener Kinder. Hierbei arbeitet die Kinderschutzambulanz eng mit anderen beteiligten Institutionen, wie Jugendamt, Polizei und Justiz sowohl in der täglichen

Arbeit als auch in der studentischen Lehre und Weiterbildung zusammen. Diese wichtige Arbeit fördern wir als CDU-Fraktion, indem wir beispielsweise für die Sicherung und den Ausbau der Kinderschutzambulanz den Trägerzuschuss ab dem Haushalt 2020 um 800.000 € erhöht haben.

Vor Ort macht Prof. Dr. Matthias Kieslich, leitender Arzt der Kinderschutzambulanz, deutlich, dass die Kinderschutzmedizin ein wichtiger Bestandteil im interdisziplinären Netzwerk der an den Hilfe- und Schutzsystemen für Kinder und Jugendliche beteiligten Institutionen ist. Sie helfe bei der Erkennung und Sicherung von Misshandlungsbefunden, dokumentiere und kommuniziere diese in enger Kooperation mit den zuständigen Jugendämtern. Allein im Jahr 2019 wurden an der Medizinischen Kinderschutzambulanz am Universitätsklinikum Frankfurt über 400 Kinder und Jugendliche mit Kindesmisshandlung, sexuellem Missbrauch und Vernachlässigung betreut. Um kinderschutzmedizinische Expertise fest zu verankern, sind die interdisziplinäre studentische Lehre und berufliche Weiterbildung Bestandteil der Einrichtung.

Mit dieser zusätzlichen Unterstützung der Kinderschutzambulanz wird eine lange Tradition der Bemühungen um den Schutz des Kindeswohls fortgeführt. Bereits im Jahr 2007 hat die CDU-Fraktion dafür gesorgt, dass in Hessen als erstem Bundesland die U-Untersuchungen für Kinder verpflichtend sind. Denn Gewalt gegen



Dr. Ralf-Norbert Bartelt, gesundheits-
politischer Sprecher CDU-Fraktion im
Hessischen Landtag

OPFERN WERDEN

Kinder und Jugendliche gehört zu den perfidesten und niederträchtigsten Verbrechen überhaupt. Sie richtet sich gegen die schwächsten und zerbrechlichsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Das Wohl eines jeden Kindes und Jugendlichen sollte unser höchstes Gut sein, das wir gemeinsam achten und schützen müssen. Die CDU wird sich weiterhin zuverlässig für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen. ■

VERSUCHSSTRAFBARKEIT VON CYBERGROOMING

Mit dem Begriff Cybergrooming wird das planmäßige Einwirken auf Personen im Internet mit dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte bezeichnet. Handelt es sich bei dem Opfer um ein Kind, war dies auch nach der alten Gesetzeslage strafbar. Mit der Änderung des Gesetzes macht sich nun auch derjenige strafbar, der ein vermeintliches Kind kontaktiert, obwohl sich in Wirklichkeit ein Erwachsener, beispielsweise ein Ermittler, dahinter versteckt. Die Änderung ging maßgeblich auf die Initiative Hessens zurück.



Der Schutz des Kindeswohls hat für die hessische CDU oberste Priorität.

ZERSCHLAGUNG DER KINDERPORNOPLATTFORM „BOYSTOWN“ MIT HESSISCHER HILFE



Holger Bellino, Parlamentarischer
Geschäftsführer der CDU-Fraktion im
Hessischen Landtag

Die hessische Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) ist regelmäßig ganz maßgeblich an Aufsehen erregenden Ermittlungserfolgen mit weltweiter Tragweite beteiligt. So gingen auch die Zerschlagung der Kinderpornographieplattform „Elysium“ und der Darknetplattform „Wall Street Market“, auf der Drogen, Waffen und andere illegale Dinge vertrieben wurden, maßgeblich auf die Ermittlungstätigkeit der ZIT zurück. Ganz aktuell konnte die weltweit größte Kinderpornographieplattform „Boystown“ unter tatkräftiger Mithilfe der ZIT zerschlagen werden. Dies dokumentiert immer wieder eindrücklich ihre hohe Professionalität, Fach- und Sachkenntnis sowie das Engagement ihrer Ermittler, aber auch eine richtige Weichenstellung in Hessen. Die von uns initiierten und gegen Stimmen der Opposition beschlossenen Landeshaushalte der letzten Jahre haben die personelle Verstärkung der ZIT ermöglicht. Unsere Justizministerin Eva Kühne-Hörmann hat den steten Ausbau der ZIT dabei vorangetrieben und gespeist aus Erfahrungen der ZIT notwendige bundesrechtliche Änderungen angestoßen.

Damit haben wir auf die fortschreitende Verlagerung der Kriminalität ins Internet reagiert.

Die ZIT ist erster Ansprechpartner des Bundeskriminalamtes für Internetstraftaten bei noch ungeklärter örtlicher Zuständigkeit in Deutschland oder bei Massenverfahren

gegen eine Vielzahl von Tatverdächtigen bundesweit.

Als operative Zentralstelle bearbeitet die ZIT besonders aufwendige und umfangreiche Ermittlungsverfahren aus den Bereichen:

- **Kinderpornographie und sexueller Missbrauch** von Kindern mit Bezug zum Internet,
- **Darknet-Kriminalität** (Bekämpfung krimineller Darknet-Plattformen sowie des Handels mit Waffen, Drogen und Fälschungsgütern im Darknet),
- **Cyberkriminalität** im engeren Sinne (Hackerangriffe, Datendiebstahl und Computerbetrug).

So auch im aktuellen Fall von „Boystown“. Innerhalb von knapp zwei Jahren wurden über 400.000 Konten auf der Internetplattform „Boystown“ erstellt und damit wurde „Boystown“ zu einer der größten Plattformen für kinderpornografische Inhalte. Vier verdächtige Deutsche wurden im Zuge der Abschaltung der Plattform nun verhaftet. Den Ermittlern sind im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Kinderpornografieplattform „Boystown“ eine Fülle neuer Daten offengelegt worden, die zu neuen Ermittlungsansätzen führen. Ein enormer Erfolg für die hessische Zentralstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität (ZIT).

Fortsetzung auf der nächsten Seite ►



Diese Erfolge der ZIT sind wichtige Signale an Kriminelle im Darknet, dass auch hier eine effektive Strafverfolgung möglich ist. Es muss alles getan werden, um solche abscheulichen Verbrechen im Keim zu ersticken. Gerade bei Kindern ist es wichtig, alle juristisch möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um solche Taten zu verhindern. Deshalb ist auf Initiative der CDU-Landtagfraktion und insbesondere unserer Justizministerin Eva Kühne-Hörmann auch das Gesetz zur Versuchstrafbarkeit des sogenannten „Cybergroomings“ auf Bundesebene initiiert worden, das zwischenzeitlich beschlossen wurde. Beim „Cybergrooming“ geben sich Pädophile im Netz als Kinder oder Jugendliche aus, um sich mit dem Ziel sexuelle Handlungen an ihnen zu vollziehen das Vertrauen von Minderjährigen zu erschleichen. Strafermittlern wurde in diesem Zusammenhang zudem der Zugang zu den genannten Plattformen erleichtert. Das Ergebnis sind Ermittlungserfolge wie die Zerschlagung der Internetplattform „Boystown“.

DIE ZIT

Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) wurde am 01.01.2010 als Außenstelle der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main mit Sitz in Gießen errichtet. Sie besteht derzeit aus einem Oberstaatsanwalt als Leiter und 8 Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie einem Oberstaatsanwalt als Pressesprecher.

Sie ist für die Aus- und Fortbildung von Richtern, Staatsanwälten und Polizeibeamten zuständig. Die ZIT ist zudem Gründungsmitglied in dem Judicial Cybercrime Network, einem europäischen Netzwerk der Justizbehörden zur Bekämpfung der Internetkriminalität.

Das zeigt ganz deutlich, wie wichtig die richtigen rechtlichen Instrumente sind. Wir kämpfen daher auch gegen den Widerstand aller anderen Parteien für eine rechtliche Handhabe die Anonymität solcher pädophilen Täter im Internet aufheben zu können.

Es gibt nichts Perfideres, als Erwachsene, die sich an Kindern vergehen. Abscheulich, wenn sich

Menschen am Leid der Kinder dann im Internet ergötzen. Der Schlag gegen die Kinderpornoplattform „Boystown“ im Darknet ist daher eine erfreuliche Nachricht mit einem starken Signal nach außen, das ohne die Mithilfe der hessischen Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) nicht möglich gewesen wäre. Unser herzlicher Dank gilt der ZIT und allen anderen beteiligten Sicherheitsbehörden. ■



Die Erfolge der ZIT sind wichtige Signale an Kriminelle im Darknet, dass auch hier eine effektive Strafverfolgung möglich ist.

FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN UND STARKEN RECHTSSTAAT



Christian Heinz, Rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Für die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag ist klar: Ein handlungsfähiger Rechtsstaat muss Regeln durchsetzen, Verstöße ahnden und bei Bedarf hart durchgreifen. Und gerade in Krisenzeiten muss auf den Rechtsstaat Verlass sein.

Seit nunmehr fast 20 Jahren ist Hessen verlässlich sicherer, und dieser erfolgreiche Weg wird weiter fortgesetzt. Durch die Schwerpunktsetzungen im Haushalt hat Hessen den Rechtsstaat bereits frühzeitig deutlich personell gestärkt, denn nur ein starker Staat kann den Bürgern die Freiheiten garantieren, die in Deutschland gelebt werden.

Auch in der digitalen Welt spielt ein funktionierender Rechtsstaat eine entscheidende Rolle. Hate Speech, Beleidigungen und Mobbing sind zu einem ernsthaften Problem im Internet geworden. Im Schutz der Anonymität werden Falsch- und

Hassmeldungen verbreitet. Zu was Hass und Hetze führen können, haben der Mord an Parteifreund, Dr. Walter Lübcke, und der Anschlag in Hanau gezeigt. Durch das Internet radikalisiert, wurden aus Drohungen schließlich grausame Taten. Dies ist nicht hinnehmbar, das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Dieser Entwicklung tritt die hessische CDU-Fraktion und die Hessische Landesregierung entschieden entgegen. Hessen stellt sich gegen Hass und Hetze – ganz gleich von welcher Seite.

Der Rechtsstaat bewährt sich gerade auch in der Krise. Die Justiz und der Strafvollzug sind und bleiben handlungsfähig. Die CDU-Fraktion im hessischen Landtag schafft die Voraussetzungen dafür, dass der Rechtsstaat auch im digitalen Zeitalter handlungsfähig, stark und verlässlich bleibt. ■



Im Schutz der Anonymität des Internets werden Falsch- und Hassmeldungen verbreitet. Die CDU Hessen will dies nicht hinnehmen.

© www.pixabay.com

ICH MÖCHTE MICH KURZ VORSTELLEN ...

.... mein Name ist **Kim-Sarah Speer** und meine Grüße kommen aus dem Alfred-Dregger-Haus in Wiesbaden.

Schon seit zwei Jahren arbeite ich in der Frankfurter Straße und bin nun an der Reihe, mich Ihnen vorzustellen.

In meiner Anfangszeit war ich ausschließlich für den Bürgerservice der CDU Hessen zuständig. Im Laufe der Zeit erweiterte sich mein Aufgabengebiet. Ich wurde die persönliche Referentin unseres Generalsekretärs Manfred Pentz. Daneben leite ich das Landtagsbüro von Herrn Pentz.

Die Arbeit ist abwechslungsreich und herausfordernd. Mit unserem Team in der Landesgeschäftsstelle lassen sich diese Herausforderungen gut meistern. Wir sind alle motiviert, meistens gut drauf und haben Spaß an den vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen, die sich uns tagtäglich stellen.

Die arbeitsintensive Zeit der Kommunalwahl in Hessen liegt nun hinter uns, jetzt gilt es die Bundestagswahl in den Blick zu nehmen. Bei der Bundestagswahl im September müssen wir die Wählerinnen und Wähler wieder von unseren Kandidaten, Themen und Positionen überzeugen. Das wird herausfordernd und spannend.

Im Alfred-Dregger-Haus bin ich, gemeinsam mit Daniel Georgi, dem Landesgeschäftsführer der JU Hessen, die Ansprechpartnerin für Connect. Connect ist die Mobilisierungskampagne der CDU und der Jungen Union Deutschlands und ein Team von motivierten Wahlkämpfern für das Superwahljahr 2021. Wie bei der Kommunalwahl wird es für die Bundestagswahl Unterstützung und Tipps von uns geben.

Die digitalen Formate haben sich bewährt und wie es aussieht, werden wir auch im Bundestagswahlkampf größtenteils darauf zurückgreifen müssen. Unsere Runde, mittwochs um 18 Uhr, kennen Sie bereits. Diese wollen wir zur Bundestagswahl erneut durchführen, und gemeinsam mit Ihnen diskutieren und Erfahrungen austauschen.

Was ich bis jetzt noch unterschlagen habe? Ich habe Jura in Mainz studiert und komme aus Offenbach. Dort bin ich Stadtverordnete sowie JU Kreisvorsitzende. In meiner Freizeit spiele ich Tennis.

Sollten Sie Fragen, Anregungen oder Ideen haben, wenden Sie sich gerne jederzeit an mich und das Büro des Generalsekretärs. Es würde mich freuen, wenn wir diese bald wieder von Angesicht zu Angesicht auf den verschiedenen Tagungen, Parteitagungen oder bei sonstigen Formaten austauschen könnten.

Bleiben Sie gesund und kommen Sie gut durch diese schwierige Zeit!



© Tobias Koch

„Vertraue keinem Makler.“

Dr. Flora Brune im Interview



Dr. jur. Flora Brune
Inhaberin Dr. Brune Immobilien

Seit Jahren ist Dr. Flora Brune mit ihrem Team in Südhessen in Sachen Immobilienvermittlung unterwegs. Die promovierte Juristin zog vor vielen Jahren von Österreich an die Bergstraße. Sie kann ein beträchtliches Maß an Erfahrung in Sachen Hausverkauf vorweisen, inklusive mehrerer Jahre Tätigkeit für ein bundesweites Maklernetzwerk. Jetzt ist die Immobilienexpertin Inhaberin der beiden Zweigstellen von Dr. Brune Immobilien in Gernsheim und in Seeheim-Jugenheim.

Frau Dr. Brune, „Vertraue keinem Makler“ – kennen Sie diesen Spruch?

Ja! Ich empfehle immer, das Maklerunternehmen Ihrer Wahl genau zu prüfen, bevor Sie eine Entscheidung treffen. Insofern kann ich die Aussage gut verstehen.

Worauf sollten verkaufswillige Hauseigentümer bei der Maklersuche achten?

Auf die gute Erreichbarkeit des Immobilienberaters und schnelle Termine, auf eine professionelle Homepage, ob ein ansprechendes Büro vorhanden ist. Auf Referenzen. Wenn solche Dinge stimmen, hören Sie auch auf Ihr Bauchgefühl, das ist dann ausschlaggebend.

Hohe Provision, schlechter Service. Stimmt das?

Leider kommen immer wieder frustrierte Eigentümer und Suchkunden mit dieser Erfahrung zu uns. Wir setzen dann erst recht alle Räder in Bewegung und die Immobilie ist schnell verkauft. Die Provision wird anstandslos bezahlt. Denn wenn

die Leistung stimmt, ist der Kunde gerne bereit, das zu honorieren.

Warum sollten wir Sie als Makler beauftragen?

Ich nehme mir Zeit, höre zu und setze um, was ich in Aussicht stelle. Das Blaue vom Himmel verspreche ich nie, das ist kontraproduktiv und weckt falsche Erwartungen. Zum Beispiel eine unrealistische Marktpreiseinschätzung. Trotzdem möchte ich den Wünschen der Kunden immer gerecht werden. Aber meine Arbeit gelingt nur dann erfolgreich, wenn ich mir selbst treu bleibe. Das spürt auch der Kunde.

Sind Immobilienmakler nicht überflüssig?

„Mein Häuschen verkaufe ich alleine. Der Makler tut nix und kassiert nur.“ Das höre ich oft. Doch wenn die Erkenntnis reift, dass man die Angelegenheit glatt unterschätzt hat, klingelt das Telefon. „Welcher Preis ist angemessen? Sind die Unterlagen komplett? Energieausweis, brauche ich den? Wie prüfe ich die Bonität des Kaufinteressenten? Muss ich schon wieder Zeit finden für einen Besichtigungstermin?“ Und so weiter. Dann ist unser Einsatz gefragt.

Sie sind promovierte Juristin, warum arbeiten Sie als Immobilienmaklerin?

Das Jurastudium ist ein großer Vorteil für meine Klienten, da es in der Immobilienbranche oft juristischer Kenntnisse bedarf. In Verbindung mit meiner großen Leidenschaft für den Maklerberuf kann ich beste Resultate liefern. Die persönlichsten Winkel eines fremden Hauses begutach-

ten zu dürfen und Einblicke in oft sehr private Geschichten zu erhalten

weiß ich zu würdigen. Und dieses hohe Maß an zwischenmenschlichem Vertrauen treibt mich an.

Haben Sie ein Beispiel?

Ich erhielt einmal einen Vermittlungsauftrag von einem Künstler, der lange erfolglos versucht hatte, mit anderen Maklern sein Haus zu verkaufen. Einen Tag, nachdem wir es dann verkauft hatten, starb er. Es war ein trauriger Moment, da er für unseren Einsatz immer so dankbar gewesen war und so erleichtert beim Notar den Vertrag unterschrieben hatte. Jetzt wusste er, dass seine Familie versorgt war. Darum hatte er wohl diesen Zeitpunkt abgewartet. Als Erinnerung hängt eines seiner Bilder in unserem Büro in Gernsheim.

Welchen Rat geben Sie Ihren Mitarbeitern?

Es gibt kein Nein, es gibt immer Wege für Lösungen. Aber bleibt dabei authentisch!



Magdalenenstraße 68
64579 Gernsheim
Tel.: 06258 8109530
Mail: office@brune.immobilien

Karolinenstraße 11a
64342 Seeheim-Jugenheim
Tel.: 06258 8109540
Mail: brune@brune.immobilien

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

» **FÜNF**
REGELN, 100 %
FASZINATION. «

Simona, 26, Auszubildende Automatenfachfrau

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL
MIT **FÜNF REGELN** FÜR SPIELHALLEN:

Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal
Spielerschutz • Geprüfte Qualität



automatenwirtschaft.de

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).